

tielle ausländische Kapitalanleger resultierende gesetzeswidrige Einräumung von Investitionsanreizen über steuerliche Vergünstigungen und niedrige Bodenpachtpreise.

Weiterhin würden durch die rasche Ausweitung von Sonderzonen in den ländlichen Gebieten zunehmend landwirtschaftliche Nutzflächen in Anspruch genommen. Allein im letzten Jahr seien hierdurch 233.000 Hektar Land für die Landwirtschaft verloren gegangen, mehr als durch Neulanderschließung kompensiert werden konnte. (NfA, 11.2.93)

Über die Anzahl der wirtschaftlichen Sonderzonen liegen dem Bericht der NfA zufolge unterschiedliche Angaben vor. So gehe die Staatliche Planungskommission von einer Zahl von 1.700 aus, das Büro für Sonderwirtschaftszonen beim Staatsrat nenne 1.800 Einheiten, die staatliche Bodenverwaltung gebe eine Gesamtzahl von 2.700 an und das Agrarministerium benenne unter Einbeziehung der Sonderzonen auf Gemeindeebene sogar 9.000 Gebiete. (NfA, 11.2.93) -schü-

*(41)

Japan belegt chinesische Exporte mit Strafzöllen

Wie die japanische Wirtschaftszeitung *Nihon Keizai Shimbun* berichtet, wird Japan Anfang Februar auf chinesische Lieferungen von Ferrosilizium-Mangan Antidumpingzölle erheben. (HB, 28.1.93) Hierbei handelt es sich um Ferrolegerungen für die Stahlherstellung, bei denen China seinen Marktanteil in Japan von 17% (1989) auf 39% (1991) erhöhen konnte.

In der seit rund einem Jahr laufenden Untersuchung wurden ca. 100 chinesischen Unternehmen vom japanischen Branchenverband der Vorwurf gemacht, sie würden durch Dumpingpreise die einheimische Industrie schädigen. (NZZ, 31.1./1.2.93) Bei der Untersuchung soll es jedoch problematisch gewesen sein zu bestimmen, ob die 25%ige Preisreduzierung seit 1989 von der chinesischen Regierung genehmigt worden war oder auf einer unabhängigen Preispolitik der betreffenden staatlichen Unternehmen beruht habe. (FT, 30./31.1.93)

Nach Aussagen des japanischen Handelsministeriums sei das Untersuchungsverfahren gegen die chinesi-

schen Unternehmen strikt auf der Basis der GATT-Regeln durchgeführt worden. Entschieden wurde nunmehr, Strafzölle zwischen 4,5% - 27,2% zu erheben.

Das chinesische Handelsministerium wies die Vorwürfe zurück, da die Entscheidung ohne Berücksichtigung verlässlicher Informationen erfolgt sei, und drohte ebenfalls mit Handelssanktionen. (IHT, 30./31.1.93)

Nach Einschätzung der *Financial Times* deute diese Entwicklung auf eine sich rasch verändernden Handelsstruktur hin. So gerate die japanische Industrie zunehmend unter Druck von Billig-Exporten aus anderen asiatischen Ländern. Bereits für südkoreanische Exporte von Strickwaren seien Strafzölle angedroht worden, diese allerdings nach einer 'freiwilligen Selbstbeschränkung' der Koreaner nicht erhoben worden. Auch gegen Importe aus Indonesien und Pakistan hätten japanische Baumwollspinnereien im letzten Jahr Antidumping-Vorwürfe erhoben. (FT, 30./30.1.93) -schü-

Binnenwirtschaft

*(42)

Wachstumserwartungen 1993

Wie die *China Economic News* am 4.1.93 berichtet, soll auf der Nationalen Planungskonferenz Ende 1992 die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate für 1993 auf 8% beschränkt worden sein. Gegenüber der Zunahme des Brutto-sozialprodukts von 12% im letzten Jahr stellt diese für 1993 aufgestellte Planvorgabe eine deutliche Abschwächung des Wachstums dar. Die chinesischen Wirtschaftspolitiker würden den Trend für 1993 unter das Motto 'hohes Wirtschaftswachstum bei angespannter gesamtwirtschaftlicher Situation' stellen.

Spannungen seien vor allem ab Mitte des Jahres 1993 zu erwarten und würden zunächst durch den zu großen Umfang der Anlageinvestitionen ausgelöst werden. So wird mit einem Anstieg der gesamten Anlageinvestitionen auf rund 800 Mrd. RMBY gerechnet; rund die Hälfte dieser Investitionen würden auf den Staatssektor entfallen.

Diese Entwicklung werde zu einem starken Druck auf die Finanzinstitutionen nach einer Ausweitung der Kredite führen.

Weiterhin würden Spannungen durch die sich verstärkenden Engpässe in den Bereichen Kommunikation und Transport, insbesondere beim Eisenbahntransport, verursacht werden. Zwar seien inzwischen die Investitionen in diesen Bereichen deutlich erhöht worden, doch eine kurzfristige Verbesserung nicht zu erwarten.

Ein weiterer negativer Einflußfaktor gehe vom Preisanstieg aus. Obwohl der Einzelhandelspreisindex im Jahre 1992 auf einen Anstieg von 6% beschränkt werden konnte, hätten sich die Konsumgüterpreise in den großen und mittleren Städten mit einer zweistelligen Wachstumsrate erhöht. Auch der Bargeldumlauf sei aufgrund des rund 15%igen Anstiegs der Löhne weiter schnell gewachsen. Vor diesem Hintergrund sei es sehr schwierig, die Zunahme der Inflation unter eine zweistellige Zuwachsrate zu begrenzen.

Spannungen seien auch aufgrund der schnell wachsenden Importe zu erwarten, die die Devisenreserven reduzieren würden. Im landwirtschaftlichen Sektor müßte außerdem durch die geringe Motivation der Bauern, bei niedrigen Preisen weiter Getreide anzubauen, mit Problemen gerechnet werden.

Die *China Economic News* weist in ihrem Artikel darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung nunmehr der auf dem 14. Parteitag der KPCh festgelegten Leitlinie einer sozialistischen Marktwirtschaft folge, die der Markt koordinierung eine stärkere Rolle einräume. Dementsprechend sei die Vorgabe verbindlicher Pläne im landwirtschaftlichen Sektor abgeschafft und im Industriesektor auf 10% des Outputwertes reduziert worden; die Staatliche Planungskommission beabsichtige außerdem eine weitere Senkung dieses Anteils auf 7%. Insgesamt bedeute dies, daß die Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung nunmehr verstärkt vom Einsatz indirekter Hebel abhängig sei. Ob wirksame indirekte Regulierungsmechanismen bereits entwickelt seien, würde sich dann herausstellen, wenn die Wirtschaft von ihrem normalen Kurs abweiche und Korrekturen erforderlich würden.

Auch chinesische Wirtschaftsexperten gehen für 1993 von einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums aus. In einer Umfrage unter 114 Wirtschaftsexperten, gemeinsam durchgeführt vom Forschungszentrum beim Staatsrat, der Staatlichen Kommission zur Umgestaltung der Wirtschaft und der Zeitschrift *Management World*, gaben 47% der Befragten an, daß sie mit einem Anstieg des BSP von 8-10% rechneten. Ein Anteil von 42% der Wirtschaftsexperten ging von Wachstumsraten in Höhe von 10-12% aus.

Nach Einschätzung von mehr als der Hälfte der befragten Experten entwickelte sich die Wirtschaft derzeit zu schnell. Die Mehrzahl der Wirtschaftsexperten begründeten das hohe Wachstum im letzten Jahr durch den drastischen Anstieg der Investitionen, dagegen habe sich die Konsumgüternachfrage nur langsam erhöht. Für 1993 wird mit einer deutlichen Zunahme der Konsumgüternachfrage gerechnet.

Zu den Vorschlägen der Wirtschaftsexperten zählen beispielsweise die Verbesserung der makroökonomischen Kontrollfunktionen, insbesondere im Bereich der Geld- und Finanzpolitik. Hier müßten die Reformen weiter fortgesetzt werden, ebenso die Preisreform und die Reform der staatlichen Betriebe. (CD, 14.1.93) -schü-

*(43)

Ausweitung des Privatsektors 1992

Nach vorläufigen Angaben der Staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung betrug der Outputwert des Privatsektors im Jahre 1992 insgesamt 113,1 Mrd. Yuan und stieg gegenüber 1991 um 28,8%. Bis Ende letzten Jahres waren 15,34 Mio. Kleinbetriebe (*getihu*) im Industrie- und Handelssektor aktiv, die insgesamt 24,68 Mio. Arbeitskräfte beschäftigten.

Darüber hinaus stieg die Zahl der privaten Unternehmen 1992 auf 139.000; 1991 existierten 108.000 Privatunternehmen. Diese Privatunternehmen wiesen im letzten Jahr eine Beschäftigtenzahl von 2.319.000 aus, während 1991 lediglich 1,83 Mio. Arbeitskräfte von Privatunternehmen beschäftigt wurden. Die Höhe des eingesetzten Kapitals dieser Unternehmen wird für

1992 mit 22,13 Mrd. Yuan angegeben, 1991 betrug dieser Wert 12,3 Mrd. Yuan. (XNA, 28.11.92; 21.1.93, in SWB, 25.1.93; CD, 30.1.93) -schü-

*(44)

Makroökonomische Kontrollfunktion der Banken betont

Auf einem landesweiten Treffen der Direktoren von Banken und Versicherungsgesellschaften Mitte Januar 1993 hoben der Ministerpräsident Li Peng und der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji die besondere Rolle der Banken bei der makroökonomischen Kontrolle der Wirtschaft hervor. Im Vordergrund des Treffens stand die Frage der weiteren Vertiefung der Reformen im Finanzsektor und die Ausarbeitung einer Finanzplanung für das laufende Jahr.

Ministerpräsident Li Peng charakterisierte 1992 als ein Jahr, in dem das Wirtschaftswachstum beschleunigt und ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im wesentlichen aufrecht erhalten werden konnte. Allerdings seien der Umfang der Kredite und das Geldangebot vergleichsweise zu hoch gewesen und die Preise von Produktionsmaterialien gestiegen. Das ZK der KPCh habe auch bereits vor einer Überhitzung der Wirtschaft gewarnt.

Li Peng betonte die besondere Verantwortung der Banken und der übrigen Finanzinstitute für die Herausbildung einer rationalen Wirtschaftsstruktur und für eine Wirtschaft, die sowohl ein schnelles Wachstum als auch eine hohe Effizienz aufweist. Banken sollten hierbei ihre Regulierungs- und Kontrollfunktion voll einsetzen. Bezogen auf die Rolle der spezialisierten Banken führte Li Peng aus, daß sie in der derzeitigen Übergangssituation - gekennzeichnet durch die noch wenig entwickelte sozialistische Marktwirtschaft, ein noch nicht völlig reformiertes Preissystem und fehlende gesetzliche Bestimmungen - einen dualen Mechanismus erfüllen müßten und wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument des Staates seien. Allerdings sollen die politischen Aufgaben der Banken zukünftig schrittweise reduziert werden und sie sich stärker auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben konzentrieren können.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Banken zählten derzeit einerseits die Überwachung der Kreditvergabe, einschließlich der Emission von Anleihen und Schuldverschreibungen sowie von Aktien und Auslandskrediten; andererseits sei die Kontrolle der gesamten Geldmenge notwendig. (Xinhua, 17.1.93, in SWB, 19.1.93)

Auf die Probleme bei der Überwachung der Kreditvergabe der staatlichen Banken und anderen Finanzorganisationen sowie der Geldmenge durch die Zentralbank geht die FEER in einem Artikel vom 4.1.93 ein. Zwar habe die Zentralbank wiederholt Warnungen über eine zu große Ausweitung der Kredite und der Geldmenge ausgesprochen, doch würden diese von den entsprechenden Stellen ignoriert, da die Zentralbank über keine Sanktionsmechanismen verfüge. Die Zentralbank habe lediglich auf eine Veränderung des Wachstumtempos reagiert, so daß im letzten Jahr eine mehrfache Anpassung der ursprünglich festgelegten Geldmenge an das Wachstum von zunächst 6%, dann 10% und später 12% erfolgen mußte.

Der größte Teil der Kreditvergabe der staatlichen Banken, nämlich rund 70%, basiere weiterhin auf politischen Vorgaben, nur 30% der Kredite würden nach wirtschaftlichen Kriterien vergeben. Nach wie vor gehe ein großer Teil der Kredite staatlicher Banken an Verlustunternehmen im öffentlichen Eigentum, während gewinnbringende kollektive und private Unternehmen bei der Mittelvergabe vernachlässigt würden. Eine schnelle Veränderung dieser Situation sei nicht zu erwarten, sondern abhängig von der Durchführung der Reformmaßnahmen zur Umgestaltung der Staatsbetriebe.

Die Kontrollmöglichkeiten der Zentralbank über die Aktivitäten der sonstigen Finanzinstitutionen sind der FEER nach ebenfalls sehr beschränkt. Hierzu zählen beispielsweise Finanzinstitute, die Immobiliengeschäfte durchführen, und sonstige von Staatsbanken gegründete intermediäre Finanzinstitute. Ein Großteil der intermediären Finanzinstitute seien außerdem Leasing-Gesellschaften, die nicht der Kontrolle durch die Zentralbank unterstehen, sondern dem Ministerium für Handel und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland (Mofert).

Für das laufende Jahr 1993 wird es nach Aussagen von Li Guixian, Präsident der Zentralbank, keine Politik der knappen Kredite geben, vielmehr sei eine weitere Erhöhung der Bankkredite in Übereinstimmung mit dem Wachstum der Wirtschaft vorgesehen. Im letzten Jahr habe der Anstieg der Bankkredite 20% bzw. 354 Mrd. Yuan betragen. (XNA, 31.1.93) Dies war das Doppelte des ursprünglich festgelegten Kreditvolumens, und der Anstieg der Geldmenge soll etwa 30% betragen haben. Für 1993 wird von einer Erhöhung der Kredite um 17,6% ausgegangen. (AWSJ, 1.2. u. 2.2.93)

Li Guixian forderte zwar keine Kreditverknappung, jedoch eine stärkere Kontrolle bei der Kreditvergabe der Banken entsprechend den vorgegebenen Quoten. Der überwiegende Anteil der Bankkredite werde in diesem Jahr der Unterstützung der Landwirtschaft, der Infrastruktur und ländlichen Betrieben in den westlichen zentralen Regionen dienen. Die Kreditvergabe an staatliche Unternehmen, die ineffizient arbeiteten und nicht absetzbare Produkte herstellten, werde dagegen erschwert. (XNA, 31.1.93) -schü-

*(45)

Entwicklung des Shenzhener Aktienmarktes 1992

Der Shenzhener Aktienmarkt blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück, trotz eines bewegten Auf und Ab und einer Reihe von Skandalen.

Insgesamt erreichte das Transaktionsvolumen 1992 42,4 Mrd. Yuan und stieg damit um 38,9% gegenüber 1991. Die Anzahl der börsennotierten Aktien stieg von 6 im Jahre 1991 auf 23 mit einem gesamten Nennwert von 2,419 Mrd. Yuan gegenüber 550 Mio. Yuan im Jahr zuvor. Inzwischen werden in Shenzhen neun B-Aktien für ausländische Investoren angeboten und fünf Aktien von Unternehmen gehandelt, die in anderen Regionen Chinas ihren Sitz haben.

Die Position des Shenzhener Aktienmarktes wurde durch den Besuch Deng Xiaopings und seine Unterstützung für dieses kapitalistische Experiment gestärkt. Andererseits war die Entwicklung des Aktienmarktes in Shenzhen im letzten August durch die

Manipulation der Behörden mit Ankauf formularen und den daraus folgenden Unruhen beeinträchtigt.

Der Shenzhener Aktienindex zeigte 1992 starke Schwankungen. Von 110 Punkten im März letzten Jahres stieg der Index im Mai auf 310 Punkte, erreichte dann im Juni seinen höchsten Wert und fiel Mitte November wieder auf 160 Punkte zurück. Ab Ende November zog der Index wieder an und stieg bis Ende des Jahres auf 241 Punkte. (XNA, 10.1.93) -schü-

*(46)

10 Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft

Ende Dezember 1992 kündigte Ministerpräsident Li Peng anlässlich einer landesweiten Telefonkonferenz zur Situation der Landwirtschaft zehn Maßnahmen an. Aus Li Pengs Rede im folgenden die wichtigsten Auszüge. (RMRB, 30.12.92; China Central Television, 29.12.92, in SWB, 6.1.93)

Zunächst charakterisierte Li Peng die Probleme in der landwirtschaftlichen Produktion und ländlichen Wirtschaft insgesamt. Obwohl in der Landwirtschaft in den 14 Reformjahren viele Fortschritte erzielt worden seien, müßte dieser Sektor jedoch mit der Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nunmehr stärker gefördert werden. In vielen Gebieten gäbe es inzwischen schwerwiegende Probleme, die sich negativ auf die Motivation der Bauern und eine sich selbst tragende Entwicklung auswirkten. So habe es zwar in den letzten Jahren gute Ernteergebnisse gegeben, die Erträge in der landwirtschaftlichen Produktion seien jedoch zurückgegangen und die wirtschaftliche Situation in den wichtigen Anbaugebieten für Baumwolle und Getreide hätte sich nur wenig verbessert.

In einigen Regionen seien die Einkommen der Bauern nicht gestiegen, sondern trotz Produktionssteigerungen gesunken. Auch hätten die Bauern in vielen Gebieten Probleme beim Getreideverkauf, und die Praxis der Ausgabe von Schuldscheinen anstelle von Bargeld beim Getreideankauf sei weit verbreitet. Zugenommen habe auch das Problem der willkürlichen Erhebung von Gebühren und Abgaben. Über die niedrigen staatlichen Getrei-

deankaufspreise sowie die steigenden Abgaben hätte sich die Bauern auch bereits beklagt. Diese Probleme würden nicht nur die stabile Entwicklung der Landwirtschaft behindern, sondern auch den Status dieses Sektors als Basis für soziale Stabilität in den ländlichen Gebieten und das Vertrauen der Bauern in die Partei und Regierung gefährden.

Bei der Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung hätten einige Abteilungen und Regionen die Rolle der Landwirtschaft als Grundlage der Gesamtwirtschaft vernachlässigt. Die Förderung von Industrie und Dienstleistungssektor zu Lasten der Landwirtschaft sei eine verfehlte Strategie und könne längerfristig nicht erfolgreich sein. Die in vielen Gebieten zu beobachtende Hast bei der Errichtung von Entwicklungszonen, dem Ausbau des Immobiliensektors, des Baus von Bürogebäuden und Hotels habe gleichzeitig zu einer hohen Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen geführt. Damit sei auch ein Einsatz der für die landwirtschaftliche Entwicklung bestimmten Mittel in anderen Bereichen verbunden gewesen. Um Investitionen für industrielle Entwicklungszonen und den Immobiliensektor bereitzustellen, wären in manchen Gebieten die Investitionen für die Landwirtschaft reduziert und von den Bauern zusätzlich Abgaben erhoben worden. Auch seien die für den staatlichen Ankauf von Agrarprodukten reservierten Mittel in den Banken und Kreditgenossenschaften für andere Zwecke absorbiert worden.

Wenn die notwendigen Schritte und Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme nicht ergriffen würden, sei mit einer Verschlechterung der Situation in der Landwirtschaft zu rechnen. Li Peng weist in seiner Rede auch auf die Warnung Deng Xiaopings hin, daß in den 90er Jahren die Landwirtschaft Engpaßfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden könne. Li Peng zufolge sei es außerdem eine historische Erfahrung, daß die Vernachlässigung dieses Sektors stets zu wirtschaftlicher und sozialer Instabilität geführt habe. Deshalb fordert das Zentralkomitee der KPCh und der Staatsrat die Parteikomitees und Regierungsstellen aller Ebenen dazu auf, sich der Bedeutung der Probleme in der Landwirtschaft bewußt zu werden und sich entsprechend zu verhalten. Folgende

zehn Maßnahmen gab Li Peng zur Unterstützung der Bauern und der landwirtschaftlichen Entwicklung bekannt:

1. *Der staatliche Ankaufplan für Getreide muß fristgerecht erfüllt und die spezielle Getreidereserve angemessen erhöht werden.*

Noch vor Beginn des Frühlingfestes soll der beschleunigte Getreideankauf abgeschlossen sein. Die für den Getreideankauf zuständigen Abteilungen dürfen weder den Ankauf mengenmäßig beschränken oder den Ankauf ablehnen, noch die Getreidequalität willkürlich verändern, die Preise senken oder die Bauern zwingen, Getreide zu behalten, das für den Ankauf bestimmt ist.

Da die Bauern in den wichtigen Getreideanbaugebieten auch nach der Erfüllung ihrer Ankaufquoten noch Getreide zur Verfügung haben werden, sollen zusätzliche Mengen als Getreidereserven angekauft werden. Um die Engpässe bei der Getreidelagerung zu reduzieren, sollen verschiedene Organisationen wie Armeeeinheiten und Handelseinheiten zusätzlichen Speicherraum bereitstellen.

2. *Im Gegenzug zur Ablieferung der vereinbarten Ankaufsmengen müssen die Bauern Bargeld erhalten, ausgegebene Schuldscheine sind umgehend einzulösen.*

Die Einlösung soll vor dem Frühlingfest erfolgen, damit die Bauern ausreichende Geldmittel für das Fest zur Verfügung haben bzw. mit den Vorbereitungen für die Frühjahrspflanzung beginnen können. Einheiten und individuell Verantwortliche von Einheiten, die die Barauszahlung an die Bauern verzögerten, weil sie die Finanzmittel anderweitig eingesetzt haben, sollen öffentlich kritisiert werden. Gebiete, die nicht über ausreichende Finanzmittel für den Ankauf verfügten, müßten bestimmte andere Projekte reduzieren oder weniger Entwicklungszonen einrichten.

3. *Die bisherige Praxis der Erhebung von Gebühren und Abgaben entgegen den Bestimmungen muß beendet und die Belastung der Bauern tatsächlich reduziert werden.*

Die Erhebung von Gebühren und Abgaben darf nicht die vorge-

schriebene Grenze von 5% des Pro-Kopf-Nettoeinkommens der Bauern überschreiten. Wenn übergeordnete Regierungsstellen versuchen, in die Erhebung von Gebühren und Abgaben der lokalen Ebenen [z.B. Kreise] einzugreifen, sollen sich diese widersetzen und diesen Vorfall der Provinzregierung oder dem Staatsrat berichten.

4. *Die präferentiellen Maßnahmen zur Unterstützung der Getreide- und Baumwollproduktion werden fortgesetzt.*

Hierzu zählt, daß die Politik der drei Bindungen [*san gua gou* = günstige Lieferung von landwirtschaftlichen Inputs im Gegenzug zur Erfüllung der Ankaufsverpflichtung durch die Bauern] auch in Gebieten fortgesetzt wird, in denen die Preise für Baumwolle und Getreide liberalisiert wurden; eine entsprechende Anpassung wird erfolgen. Ab 1993 wird die Regierung die Differenz zwischen staatlichem Preis und Verhandlungspreis von Chemiedünger und Dieselöl in Bargeld bewerten, hierdurch steigt der Ankaufspreis für Getreide und Baumwolle und dient den Bauern als Ertragssteigerung. Für die in diesem Jahr [1992] noch nicht in Anspruch genommenen Mengen für Chemiedünger und Dieselöl im Rahmen der Politik der drei Bindungen soll den Bauern eine Kompensation gezahlt werden.

5. *Die vielseitige Umwandlung/Verarbeitung von Getreide muß ausgeweitet werden.*

Bei dieser Aufgabe müssen die Regierungen aller Ebenen und die entsprechenden Abteilungen Unterstützung leisten. Nach einer Entscheidung des Staatsrates soll ab 1993 der für staatliche Arbeitsprogramme (*gong dai zhen*) zur Verfügung gestellte Getreideanteil erhöht werden, um Projekte für den Ausbau der landwirtschaftlichen Infrastruktur und Wasserbauanlagen in den zentralen und westlichen Regionen zu unterstützen. Außerdem soll Getreide zur Viehfutterproduktion eingesetzt werden, um die Vieh- und Fischzucht zu unterstützen.

6. *Die wirtschaftliche Entwicklung der wichtigen Getreideanbaugebiete muß energisch gefördert werden.*

Auf der Grundlage der Richtlinien zur "Entscheidung des Staatsrates über die Entwicklung einer Landwirtschaft mit hohen Erträgen, hohem Qualitätsstandard und hoher Effizienz" müssen die Lokalregierungen und die Zentralregierung die wirtschaftliche Entwicklung der wichtigen Getreideanbaugebiete unterstützen, damit diese Gebiete ausreichend Nahrungsmittel produzieren und die armen Kreise ihre Situation verbessern können.

7. *Die Getreideverwaltung und die Operationsmechanismen müssen verbessert werden.*

Ab 1993 wird mit Hilfe einer makroökonomischen Regulierung schrittweise die Getreideverwaltung auf verschiedenen Ebenen eingerichtet und ein zweistufiges Regulierungssystem, und zwar auf zentraler Ebene, sowie auf Provinz-, Regional- und Gemeindeebene eingeführt. Der Staat wird im wesentlichen für ein Gleichgewicht bei der Getreideversorgung auf nationaler Ebene über Getreideim- und exporte verantwortlich sein; die Provinzen sind zuständig für ein Gleichgewicht in ihren Regionen. Im Hinblick auf den Getreidehandel zwischen den Regionen, sollen entstehende Probleme über Handelsmessen und Großhandelsmärkte gelöst werden. Entsprechende Experimente werden ab 1993 durchgeführt und schrittweise landesweit ausgedehnt.

Mit Beginn 1993 werden saisonale Preisunterschiede eingeführt mit einem geringfügig niedrigeren Preis in der Hochsaison und einem höheren Preis außerhalb dieser Saison, um eine zu starke Konzentration des Getreideankaufs in bestimmten Zeiten zu vermeiden.

8. *Die landwirtschaftlichen Nutzflächen müssen geschützt und der Umfang der Getreideanbaufläche stabilisiert werden.*

Das als landwirtschaftliche Nutzfläche klassifizierte und geschützte Land darf nicht anderweitig benutzt werden. Für die Einrichtung von Entwicklungszonen sollen keine Ackerflächen bzw. so wenig wie möglich in Anspruch genommen und statt dessen durch Neulanderschließungen kompensiert werden.

Die Entscheidungsrechte über die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzungsflächen und über die Landnutzung dürfen nicht an untere Entscheidungsebenen delegiert werden; bei den Genehmigungsverfahren müssen die im Bodengesetz festgelegten Bestimmungen eingehalten werden.

9. *Die Investitionen in die Landwirtschaft über Finanzmittel und Materialien müssen erhöht werden.*

Entsprechend dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und dem Anstieg der Einnahmen müssen die Zentralregierung und die Lokalregierungen ihre Investitionen in die Landwirtschaft steigern.

Der Staat unterstützt die Industriebereiche, die für die landwirtschaftliche Produktion von wesentlicher Bedeutung sind. So soll das Angebot von chemischen Düngern, Pestiziden, Plastikfolien und anderen landwirtschaftlichen Inputs erhöht werden; für diese Produkte sollen Preisobergrenzen gesetzt werden.

10. *Die Anpassung der Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft muß beschleunigt werden.*

Der wichtigste Grund für die Probleme beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte in den letzten Jahren war die unzureichende Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen auf die sich verändernde Marktnachfrage. So ist ein Teil der Agrarprodukte inzwischen nicht mehr versetzbar und muß an die neue Nachfragesituation angepaßt werden.

Die Probleme in der landwirtschaftlichen Entwicklung zählten zu einem der wichtigsten Themen, die in einer Reihe von Artikeln und Kommentaren, die in der *Renmin Ribao* im Januar aufgegriffen wurden. Dies unterstreicht die Bedeutung, die diesem Bereich derzeit von der politischen Führung zugemessen wird. -schü-

*(47)

Höhere Investitionen für die Landwirtschaft

Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Chen Yaobang kündigte auf der Nationalen Konferenz zur Reform

der landwirtschaftlichen Planung Anfang Januar d.J. an, daß zur Reduzierung der Armut in den ländlichen Gebieten ab 1993 jährlich bis 1997 zusätzliche Investitionen in Höhe von 2 Mrd. Yuan zur Verfügung gestellt werden. Diese Investitionen sind für die wenig entwickelten zentralen und westlichen Regionen Chinas bestimmt, deren landwirtschaftliche Infrastruktur beispielsweise durch Wasser- und Bodenkonservierung, Aufforstung und Anpflanzung von Obstbäumen gestärkt werden soll. (CD, 6.1.93)

Nach Angaben der Staatlichen Planungskommission werden die Investitionen aus dem Staatshaushalt für die Landwirtschaft 1993 um 32% erhöht. Inwieweit in diesen Investitionen die angekündigte Erhöhung der Mittel für die ärmeren Gebiete enthalten ist, bleibt unklar. Im letzten Jahr betragen die Gesamtinvestitionen für die Landwirtschaft insgesamt 25,99 Mrd. Yuan (+7,2% gegenüber 1991). Einschließlich der außerbudgetären Investitionen umfaßte der Input in die Landwirtschaft 56,61 Mrd. Yuan im Jahre 1992. Eine Aufteilung der Investitionen auf einzelne Bereiche wurde von der Staatlichen Planungskommission jedoch nicht gegeben.

Die Steigerung der Investitionen soll sich in diesem Jahr in einer Erhöhung der wichtigsten landwirtschaftlichen Inputs niederschlagen. So sollen den Bauern zusätzlich 11 Mio.t Kunstdünger sowie 100.000 t Plastikfolien zur Verfügung gestellt werden. Es wird damit gerechnet, daß durch die Produktionsausweitung, zusammen mit weiteren Importen, der Bedarf an Düngern, Pestiziden und Plastikmaterialien in diesem Jahr gedeckt werden kann.

Die für 1993 geplanten Investitionen sollen auch zur Verbesserung landwirtschaftlicher Infrastrukturprojekte eingesetzt werden. Hierzu zählen Projekte zur Ausweitung der wichtigen Getreideanbauzentren, die Ausbildung von Agrartechnikern, die Entwicklung von Produktions- und Handelseinrichtungen sowie die Erschließung von Neuland, Flüssen und Wäldern.

Weiterhin stellt die Zentralregierung in diesem Jahr einen Kredit zur Entwicklung ländlicher Betriebe in den zentralen und westlichen Regionen in Höhe von 5 Mrd. Yuan bereit. (CD, 16.1.93) -schü-

*(48)

Hohe Wachstumsrate in der ländlichen Industrie

Nach Angaben der *Renmin Ribao* vom 4.1.93 stieg der Bruttoproduktionswert (BPW) der ländlichen Industriebetriebe im Jahre 1992 auf über 1000 Mrd. RMBY (rd. 166,7 Mrd. US\$) an.

Seit 1987 sei dieser Beitrag der ländlichen Industrie höher als derjenige der Landwirtschaft (Ackerbau, Vieh- und Fischzucht, Forstwirtschaft und Nebengewerbe). Inzwischen betrage der Anteil der ländlichen Industrie am gesamten industriellen BPW rund ein Drittel und jede fünfte Arbeitskraft auf dem Lande sei inzwischen in der ländlichen Industrie beschäftigt. Bezogen auf das gesellschaftliche Gesamtprodukt (*shehui zongchanzhi*) stieg der Anteil der ländlichen Industrie mittlerweile auf rund 30%.

Über die wichtige Funktion der ländlichen Industrie für die Exporte berichtet die *China Daily* ergänzend am 5.1.93. So wird auf den steigenden Beitrag der ländlichen Industrie zum Export am Beispiel der Stadt Tianjin [Nordchina] hingewiesen. So habe hier der Anteil der ländlichen Industrie zum Gesamtexport in Höhe von 4,87 Mrd. Yuan (811,7 Mio. US\$) im letzten Jahr 54% bzw. 2,63 Mrd. Yuan betragen. Mehr als 1.000 Unternehmen würden in den Außenbezirken von Tianjin in exportorientierten Produktionszweigen engagiert sein und Textilien, Maschinen, Chemikalien, Spielzeug und Kunstgewerbezeugnisse herstellen sowie mit der Weiterverarbeitung landwirtschaftliche Rohstoffe beschäftigt sein.

Insgesamt konnte die ländliche Industrie bereits 1991 einen Beitrag von rund 25% zum gesamten Export leisten. (CD, 21.4.92; XNA, 19.1.92)

-schü-

Taiwan

*(49)

Neue Zusammensetzung des Kontroll-Yuan

Die Nationalversammlung hat am 16. Januar den 25 von Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) nominierten Mitgliedern des 2. Kontroll-Yuan ein-